

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Baugewerksbundes

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge und Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton- und Erdbaubetrieben, in der Kachel- und Steinzeugindustrie, für Gipser, Putzer, Stukkateure, Isolierer, Fliesenleger, Steinhölzer und Terrazzoarbeiter, Glaser, Ofenseher und Töpfer jeder Art

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Bezugspreis für das Vierteljahr 1500 Mark (ohne Postgeld). Bezugsbestellungen nur durch die Post

Herausgegeben vom
Deutschen Baugewerksbund
Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluss des Blattes: Donnerstag mittag 12 Uhr. Vereins-Anzeigen werden mit 500 Mark für die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum berechnet

Ueber Wertbeständigkeit der Löhne.

Wieder überfüllt eine Lohnbewegung die andere. Ist ein Lohnabkommen getroffen, so ist es nach einigen Tagen überholt. So reihen sich die Lohnverhandlungen zu endloser Kette. Viel Arbeit, viele Wortgefechte, große Mühen, keiner wird dadurch befriedigt. Jeder Arbeitervertreter, der teilnimmt an solchen Verhandlungen, hat nach dem Abhülft das Empfinden, wieder einmal in ein lederses Faß geschöpft zu haben. Kostbare Zeit wird dabei vergeudet. Ein Windmühlentanz gegen den Dollar . . .

Die Unzufriedenheit der Arbeiterschaft steigt mit dem zunehmenden Geld. Das ist zu verstehen. Denn wenn auch hundert und mehr Prozent „Lohnzulagen“ bei solchen Verhandlungen herausgeholt werden, das Ergebnis bedeutet auch dann eine weitere Verschlechterung der Lage der Arbeiterschaft. Mit der Preisfahrauserei, die sich dem Steigen des Dollars unmittelbar anschließt, kommen die Lohnverhöfungen nicht mit.

Allen drängt sich das Empfinden auf: So darf es nicht weitergehen. Denn die Löhne verdoppeln und vervielfachen sich zu gleicher Zeit. Das Geld steigt ins Unerträglichste. Die Folgen sind Skawalle, ein Nachlassen der Arbeitsfreudigkeit und der Arbeitsleistung. Deutschlands Wirtschaft nähert sich damit immer mehr dem Abwärts in den Abgrund. Mögen gewissenlose Sachverständiger sich mit solchen Zuständen abfinden, die Masse der Arbeiter, Deutschlands als Ganzes kann es nicht. Deshalb die starke Diskussion der Frage der Wertbeständigkeit der Ware Arbeiterschaft.

Besonders „Auge“ Leute erklären, dies sei nicht durchführbar. Denn andere Werte entbehren auch der Wertbeständigkeit. Soll das Geld nicht überlebt werden? Werden denn die Warenpreise nicht in immer kürzeren Zwischenräumen mit dem Dollar? Sind nicht Zölle und Ausfuhrabgaben keine Goldbeuten? Erhöht sich nicht sogar die Umsatzsteuer automatisch mit dem steigenden Dollarpriest? Geht nicht sogar die Einkommensteuer der Arbeiter und Angestellten automatisch in die Höhe, während der abgusgemeinte Teil nur in weitem Abstand der Teuerung folgt?

Der Arbeiter hat ein Lebensrecht. Es müssen Mittel und Wege gefunden werden, ihm dieses Recht zu gewährleisten. Eine Lenkerung der bisherigen Lohnpolitik ist unbedingt erforderlich. Die Wertbeständigkeit der Löhne steht zur Tagesordnung. Im Vordergrund der Auseinandersetzungen hierüber befindet sich die Forderung, auch hinsichtlich der Lohnrechnung kommen zur Goldrechnung überzugehen. Andere verlangen als Maßstab für die Wertbeständigkeit der Arbeitelöhne den jeweiligen Dollarstand. Andere wieder plädieren für eine Koggenordnung, manche verlangen ein Zusammenlegen von Index, Dollar- und Goldrechnung des Arbeitslohnes. Alle diese Vorschläge haben ihre Wenn und Aber, obwohl nicht verkannt werden soll, daß ihre Durchführung eine Besserung des jetzigen Zustandes darstellen würde. Gestatten wir uns, unsere Meinung zur Frage der Schaffung einer Wertbeständigkeit der Arbeitereinkommen zu sagen.

Deutschland ist das mit Wehden aller Art reichgezeichnete Land. Sollte es da nicht möglich sein, aus diesen Körperlichkeiten heraus in allen Großstädten und deren Reichweite, in allen Wirtschaftszweigen eine besondere Körperschaft einzusetzen, die allenfalls die Kleinhandelspreise ihres Reiches feststellt und danach einen Index aufstellt, einen völlig zuverlässigen Index, der nicht nur die tatsächlichen Lebensmittelpreise feststellt, sondern auch den Preis aller Bedürfnisse des proletarischen Haushalts? Das muß möglich und durchführbar sein! Daß in einer solchen Körperschaft die Arbeiter und Angestellten den ihnen gebührenden Einfluß haben müssen, versteht sich am Rande. Eine solche Körperschaft wäre in der Lage, einen einwandfreien Index zu schaffen; denn was bisher auf diesem Gebiete getan wurde, war unzuverlässiges, vielfach die Wahrheit fälschendes Stückwerk. Und nach diesem Index wäre der Lebensbedarf einer Arbeiterfamilie festzusetzen. Das müßte dem Arbeiter gewährt werden als Existenzminimum. Dies zu zahlen müßte jeder Unternehmer verpflichtet werden. Und dann wäre es eine Angelegenheit der Gewerkschaften, in Anbetracht

der Gefährlichkeit, der Schwere oder des Seltenheitswerts der verschiedenen Arbeitsarten in ihrem Bereich entsprechende Zuschläge durchzuführen.

Was wir hier anregen und fordern, ist durchaus nichts Unerhörtes oder noch nie Dagewesenes. Wir verlangen nämlich zuverlässige wöchentliche Schlüsselzahlen zur Feststellung des Preises der Ware Arbeiterschaft. Solche Schlüsselzahlen bestehen bereits seit geraumer Zeit im Vorkriegsgebiet der Buchdruckerei. Im Reichsverband für Damen- und Mädchenbekleidung sind gleichfalls Schlüsselzahlen im Umlauf. Neueste Beobachtungen zeigen, daß auch die Detailfirmen dieses Berufes im Kleinhandel anzuwenden beginnen. Was also hier bereits wirksam, verlangen wir auch für die Ware Arbeiterschaft.

Wir halten unsern Vorschlag für einen Weg, um aus dem jetzigen hofflosen Zustand herauszukommen. Sage keiner, daß damit der uregentliche Zweck der Gewerkschaften — wenigstens teilweise — aufgehoben würde. O nein, ihre Vertreter müßten in einer solchen Indexkörperschaft fleißig mitarbeiten. Und vergesse keiner, daß das auf solche Weise errechnete Existenzminimum ja das Existenzminimum sein soll, das aufzubessern der Gewerkschaften Pflicht und Aufgabe hiebei! Der Kampf um das Arbeitsrecht, um die Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Stellung der Arbeiterschaft wird so lange währen, wie wir die kapitalistische Gesellschaft haben. Deshalb brauchen wir immer wieder die Gewerkschaften!

Wir halten den von uns bezeichneten Ausweg für gangbar. Es würde keiner großen Beratung bedürfen, ein solches Gesetz zu schaffen. Die Ausführung verbliebe den einzustehenden Orts- oder Kreisparlamenten zur Beratung und Festlegung des Indexinhalts. Vermieden würde dadurch ein weiteres Herabsinken der breiten Volksmassen ins Elend, die Verhinderung des Herabsinkens der heranwachsenden deutschen Jugend zu hilflosen Schattenwesen (Gehalt, Ihre verwandtschaftlichen Kameraden, das wäre etwas für Euch!), gegeben würden; dadurch Arbeitsfreudigkeit und Arbeitsleistung und damit Deutschlands Wirtschaftskraft!

Bedenfalls muß in der Frage der Wertbeständigkeit der Löhne etwas geschieden, das die breiten Volksmassen befriedigt. Die Erfüllung dieser Forderung ist gebieterische Pflicht. Die Spitzengewerkschaften müssen bei diesem Streben die Führung übernehmen, ihre Ausschüsse sie dabei tatkräftig unterstützen. Hier handelt es sich um die Existenz aller derer wert, die es aufrichtig mit Deutschland und Deutschlands Zukunft meinen!

Von den Bundeszerstörern.

Die Bundesmitglieder sind durch den „Grundstein“ über die jüngsten Vorgänge und die Schandarbeit der Hainstraßevereinigung im Chemnitzer Wirtschaftsgebiet unterrichtet. Um die Tatsachen zu veranschaulichen, ist das Gehaltsblatt des Ausgeschlossenenverbandes „Der Bauarbeiter“ bemüht, getreu der Veranschaulichung mit neuen Unwahrheiten die alten Lügen zu füllen. Sie, die Hainsträger, wollen sich von ihren Mitarbeitern in der Bauergewerkschaft Hohenstein-Ernstthal ihren Streitbruch abwachen lassen. Der Vorsitzende der Bauergewerkschaft Hohenstein-Ernstthal, Gartwig, und ein Mitglied der Streikleitung, Stude, standen neben dem Ofenseher Vornschlegel in enger Verbindung mit der Hainstraße und hatten die Aufgabe, der Hainstraße eine benutzte unwahre „Befätigung“ abzugeben, wonach diese keinen „offiziellen“ Streitbräfangen habe. Wie das Zeugnis dieser drei Hainsträfangen zu werten ist, geht daraus hervor, daß sie seit Monaten und auch während und nach der Aussperrung alles verstanden, die ganze Bauergewerkschaft und der Geschäftsführer nach der Hainstraße hinüberzuführen. Der Briefverkehr der Bauergewerkschaft wurde in Abwesenheit des Geschäftsführers durch die Streikleitung und Briefe des Bundesvorstandes und der Bezirksleitung an die Hainstraße abgeliefert. Selbstverständlich wurde der Hainstraße und der Gewerkschaftsfraktion von allem, was in unserm Bunde vorging, der SPD, Dr. Gumpert, Hohenstein-Ernstthal, in lägenhafter Weise berichtet, in den letzten Wochen eine Art Beiratsgremie begonnen und so entsprechend den Beschlüssen der SPD, alles verurteilt, die Bauergewerkschaft zu halten. Solche Mitglieder überlassen wir gegen der Hainstraße. Besser, der Feind steht außerhalb als innerhalb der Organisation.

Im „Bauarbeiter“ wird großes Wehklagen angestimmt, daß den Hainsträfernden in unserm Bunde, die offen die Bundesfeinde mit Geldsammlungen und durch Verbreitung

ihrer Schriften unterstützen, die Masse abgerissen wird. Die Verbandsräte und zuletzt die Beiratskonferenz im März dieses Jahres haben klar ausgesprochen, daß Kollegen, die in unserm Bunde eine eigene Organisation aufrichten wollen und unsern niederrichtigsten Gegner mit Geld und sonstiger Beihilfe unterstützen, keinen Platz im Bunde haben können. Dem Spiel der Moskauer, im Bauergewerksbunde eine Hainstraße-„Einheitsfront“ zu bilden, die mit wirklicher Einheit und gewerkschaftlicher Schlagfertigkeit gar nichts zu tun hat, müssen alle verantwortlichen Bundesstellen mit größter Kraft begegnen.

Die Hainstraße-Fraktion in unserm Bunde erhalten von der Zentrale der SPD, fortwährend Anweisungen für ihre Tätigkeit. Jetzt soll wieder einmal demonstriert werden. Den Berliner „Kaisertruppen“ hat es gefallen, einen Aufruf an die Bauarbeiter zu richten. Folgt es dem Aufruf der Zentrale und des „Zentralbureau“ des Verbandes der Ausgeschlossenen in einem Rundschreiben vom 16. Juni, unterzeichnet Otto Bachmann, den Fraktionen, „dazu Stellung zu nehmen und bei der Vereinstellung dahingehend vorstellig zu werden, damit sie eine Mitgliedsversammlung sofort einberufen, in der der Aufruf besprochen und eine Erklärung beschlossene wird, monach sich die Mitglieder dem Aufruf anschließen. Der beschlossene Aufruf muß dann am nächsten Tage der Presse übergeben werden. Ebenso muß dafür Sorge getragen werden, daß auf den Arbeitsstellen der Aufruf diskutiert und eine Resolution beschlossen oder noch besser, eine Delegation zum Verbandsbureau geschickt wird, auch kann eventuell mit einer Demonstration nachgeholfen werden, um auf diese Weise einen Druck durch die Massen auf die Gewerkschaftsbureaukratie auszuüben.“

Somit sind die Fraktionen von Berlin aus in Marich gesetzt, und nun kann es losgehen. Unsern Vereinsvorständen wollten wir mit der Bekanntgabe des Rundschreibens zu wissen tun, woher die Weisheiten und Forderungen „ihrer Opposition“ kommen.

Vom Hochseefischereikapital organisierter Hunger.

Vor einiger Zeit mußten die Mannschaften der deutschen Fischdampfer, vom Kapitän bis zum Schiffsjungen, zu dem Mittel des Streiks greifen, um sich gegen eine Einkommensverminderung zu wehren, die das Hochseefischkapital ihnen zugeordnet hatte. In dieser Zeit ist kein deutscher Fischdampfer mehr zum Fange ausgefahren. Wie das bei einem so umfangreichen und für die Volksernährung besonders in heutiger Zeit wichtigen Erwerbszweige nur natürlich ist, hatte das Reichsarbeitsministerium die beiden Parteien zu einer Besprechung nach Berlin eingeladen. Dabei sind nur recht erbauliche Dinge zur Sprache gekommen, die auf die Auffassung der Regierung über ihre Pflicht, die Produktion und Ernährung des Volkes sicher zu stellen und zu überwachen ein merkwürdiges Licht wirft. Das deutsche Volk hat es nämlich durch Herabgabe von Mitteln ermöglicht, die deutsche Fischereiflotte seit dem Kriege so auszubauen, daß ihr Schiffpark gegenwärtig beinahe doppelt so groß ist, als vor dem Kriege. Die Nieder gehen dies auch zu, wollen damit aber beweisen, daß das Fischereigewerbe zu wenig einbringend, als daß es aus seinen Erträgen die mehr als 400 neuen Fischdampfer innerhalb von etwa 3 Jahren hätte erbauen können.

Nun hat der wirtschaftliche Verband der deutschen Hochseefischerei die Hälfte der gesamten Fischereiflotte seit Mitte März stillgelegt. Der Reichs-ernährungsminister hat es aber nicht für nötig gehalten, zum Schutze der Volksernährung einzugreifen. Denn wie die Hochseefischereiberater angaben, haben sie die zuständigen Regierungsstellen von der Stilllegung unterrichtet. Befragt, warum dies geschah sei, antworteten sie mit gipflicher Offenheit: „Weil sonst zu viele Fische an den Marktkämen und die jedermann zu billig seien.“ Also, die Fischdampferflotte wird zur Beschaffung guter und billiger Nahrungsmittel vom deutschen Volke erbaut und bezahlt, einem Konjunktur von Unternehmern zu treuen Händen übergeben, ein Etat tüchtiger und erfahrener Kapitäne und Fischereileute steht zur Verfügung, und ausgerechnet, nachdem die Regierung die Aufgabe gestaktet hat, legt man die Hälfte der Dampferflotte still — weil, nun weil sich die Fische für einen zu billigen Preis nicht fangen lassen wollen. Die Rechnung ist befriedigend einfach. Man macht einen Gegenstand rar, dann wird er von selbst teuer. Was tut es, wenn man dadurch Laufende von Fischereileuten kostenlos macht, dem schwer darabenden Volke einen großen Teil seiner Nahrung entzieht! Der Profit ist gerettet. Das Gewerbe lohnt sich glänzend, mit der haben Flotte besser als mit der ganzen.

Durch so einen rückwärts durchgeführten Plan macht das Fischereikapital Laufende von Arbeitern und Angestellten

ten brokos, in der Erwartung, daß sie müde werden und sich bereit finden zur Annahme der verschlechtesten Arbeitsbedingungen. Aber auch das Aufstehen der Kleinbetriebe wird dadurch erleichtert. Einige Kleinbetriebe können es sich natürlich nicht leisten, die Hälfte ihres Betriebes monatelang stillzulegen. Im wirtschaftlichen Verband haben sie freilich nicht viel zu melden, müssen aber als Mitglieder zur Vermeidung hoher Vertragsstrafen mitmachen. Kommen sie in Schwierigkeiten, so kaufen die Großbetriebe ihre Schiffe zu einem Spottpreis an. Alles zum Besten des Profits. Und keine Regierungsstelle findet sich, die diesen Schädlingen am deutschen Volkstörper ihr räuberisches Handwerk legt.

Der Öffentlichkeit wird vorzuschwindeln versucht, die Mannschaften streifen, weil sie mehr verdienen wollten als die Arbeiter wegen der hohen Kohlenpreise bezahlen könnten. In Wirklichkeit haben die Mannschaften ihre berechtigten Wünsche auf Verbesserung der tariflichen Verhältnisse in Rücksicht auf die allgemeinen Wirtschaftsumstände zurückgestellt und das Tarifabkommen nicht gekündigt; das blies den Meckern vorbehalten. Es ist dringend notwendig, daß die Regierung für einen gerechten Frieden im Fischergewerbe Sorge trägt, daß sie dem Elend der Volkshungerung durch ein profitungreiches Unternehmertum schnellstens ein Ende macht. Gelogen ist es, wenn gesagt wird, die Fischerleute erprobten außergewöhnlich hohe Verdienste. Sie sind zufrieden, wenn die Fischpreise, und da sie für Beteiligung am Geschehen, ermächtigt sich auch der Verdienst. Aber es finden dann alle Berufsangehörigen Arbeit. Sie wollen keinen hohen Verdienst auf Kosten ihrer arbeitslosen Berufsgenossen und ihrer schwererarbeitenden Volksgenossen.

Zurück zur Klarheit.

Am dem großen Ringen um die dauernde Umformung des Wirtschaftslebens ist die Arbeiterklasse stark beteiligt. Sie führt mit Nachdruck den Kampf gegen die Klasse der Besitzenden, die den Mehrwert aus dem Ertrage der Arbeit reißt für sich in Anspruch nehmen will unter Ausnutzung ihrer wirtschaftlichen und politischen Macht. Gegen dies Unterdrückungsstreben wendet sich die Arbeiterklasse. Unter dem Drange der Aufsehung gegen die Entrechtung ihres Menschentums bündelten sich farblichende Arbeiter schon vor Jahrzehnten auf und schufen sich trotz aller Hemmungen und Bedrückungen wirtschaftliche und politische Organisationen. Diese Bewegung war gesund, sie zog Millionen in ihren Bannkreis und besetzte die Massen in ihrem großen Kampfe um die Befreiung aus der kapitalistischen Lohnneidigkeit. Darauf war alles Denken und Fühlen der Arbeiterklasse gerichtet. Um die Verkürzung der Arbeitszeit, in fittlicher, geistiger und gesundheitlicher Beziehung von unerschütterlicher Bedeutung, führten die Arbeiter zähe Kämpfe. Welch großer Geist und was für ein unerjüchterecker Glaube an den Sieg der gerechten Sache gehörten dazu, damals solche Kämpfe zu führen! Es waren Heldenbeweise, überzeugungstreue Männer, die mit Begeisterung tritten.

Dann kam der Krieg, eine Folgewirkung des kapitalistischen Wirtschaftens und dessen hemmungslosen Ausbeutungsdranges. Kriege werden uns drohen, solange der Kapitalismus nicht überwinden ist. Deshalb gilt unser Kampf um heute: "Krieg dem Kriegel" vor allem der privatkapitalistischen Wirtschaft. Das Ziel unseres Kampfes ist der Sozialismus. Nach dem Kriege gestellten sich in Deutschland Millionen von Arbeitern zu uns, die bis dahin dem Befreiungskampfe der Arbeit teilnahmslos gegenüber gestanden, zum Teil sogar als offene Gegner uns bekämpften. Und was das Wunderbarste: Die gestern noch abseits oder gegen uns standen, glaubten nun der Arbeiterbewegung neue Wege zeigen zu müssen: die kapitalistische Wirtschaftssystem im Handumdrehen in eine sozialistische zu verwandeln. In Reden und Schriften wurde von diesen ungebundenen Wortkämpfern verkündet, daß der Kapitalismus am Verenden sei, der Riese Arbeiter brauche ihm nur mit einem Faustschlag das Lebenslicht auszublasen. Auf den Trümmern des Kapitalismus solle dann eine neue Welt aufgebaut werden. Etwas weiterblickende Prediger dieser Art sahen allerdings ein, daß das deutsche Volk auch leibliche und geistliche Bedürfnisse mit andern Völkern austauschen muß. Sie sahen auch die Schwierigkeiten, die Deutschland aus dem Kriege entstanden sind. Die Herrschaft des Proletariats glaubten diese Leute durch eine Weltrevolution aufzurichten zu können, die durch den Generalstreik "gemacht" werden sollte. Während dieser mühsigen Streitereien hatte sich aber die Kapitalistenklasse von ihrem ersten Schreden erholt. Sie sah mit Vergnügen zu, wie die Arbeiter sich gegenseitig zerfleischen, ihre Kraft in sinnlosen Gewalttätigkeiten verpufften und von geistlicher Seite mit gefegerten Schlagwörtern gefüttert wurden, die die Unfähigkeit ihrer Beherrschung des Angriffs vor aller Öffentlichkeit bloßstellten. Den Liebertreibungen von links kamen die von rechts zu Hilfe. Dieses Tobwutwahn der Auffassungen schädigte die Arbeiterklasse in kaum gutzumachender Weise. In Italien, in Bayern, in Ungarn herrschte heute der Einheitsfront. Die französische Arbeiterbewegung ist zerfallen, sie muß ohnmächtig zusehen, wie Frankreichs Soldaten friedliebende deutsche Fluren und Städte besetzen, die Einwohner bergegalligen und jede Arbeitstätigkeit unterbinden. Die Arbeitstätigkeit nimmt unterdessen erschreckende Formen an. Die Folge aller dieser Vorgänge ist, daß die Stellung der Arbeiterklasse ungeheuer geschwächt ist und ihre Gegner immer mehr eskalieren. In dieser schweren Zeit erleben wir sogar, daß Arbeiter sich gegen ihre Arbeitstollegen und Genossen wenden und den Kapitalisten Helfershelfer leisten. Revolutionärklügelnden Quatsch im Munde, leisten sie dem Unternehmer Leberarbeit, während Laufende ohne Beschäftigung herumlaufen. In wider Arbeitstoleranz nehmen sie an dem Brot und treten die Grundzüge der Gemeinamkeit mit Füßen. Wie unermesslichen Entlassungsfällen von Arbeitstollegen zeigen sie bei den Gerichten und Schlichtungsausschüssen gegen ihre Arbeitsbrüder und nehmen Partei für die Unternehmer. Sie fühlen sich wieder wohl in der Rolle der alten gelben

Sumpfpflanze, die von der Unternehmergrabensohne bestrahlt wird. Als diese engirnigen Schwämme saßen, daß schmutzige Redensarten und unvernünftige Handlungen ihnen nicht das erträumte Wollenfudakheim brachten, als sie beobachteten, daß auch die Gewerkschaft nicht alle 8 Tage als selbsttätige Lohnbewilligungsmaschine das Verlangte hergab, war ihre "Begeisterung" zu Ende. Auf dem Wege in das Lager der Selben schimpften sie dann auf die "hohen" Verbandsbeiträge und auf die "Verbandsbureaufrauten".

Die Tatsache, daß auch schon die Unternehmerzeitungen von einer "Massenabwanderung" aus den Arbeiterorganisationen berichten und daran ihre Folgerungen knüpfen, dürfte jedem ehrlichen Kämpfer in der Arbeiterbewegung den tiefen Ernst unserer Lage dartun. Da gilt es für uns, den Umstand der Massen mit aller Kraft zu bekämpfen und die Erkenntnis der wirtschaftlichen und politischen Gesetze mit immer größerem Nachdruck in die Massen zu tragen. Alle unsere Handlungen müssen getragen sein von der hohen sittlichen Erkenntnis, über das Wohl der Klasse hinaus durch Gemeinwirtschaftsarbeit dem echten Menschentum zu dienen. Handeln wir so wie die Alten es getan! Dann wird unser Werk immer neuen Antrieb erhalten durch Gewinnung überzeugter Männer und Frauen die getragen sind von dem festen Willen, die be-

Du sollst!

**Du sollst nicht kalt und ruhig stehn,
wenn große Taten rings geschehn,
beshau das Bauwerk deiner Zeit
und seine Groß' und Herrlichkeit!**

**Erhebe dich aus fauler Ruh,
und greif mit an und greif mit zu.
Und war's auch nur ein kleiner Stein,
füß' in den Bau ihn doch hinein!**

**Du sollst nicht kalt und ruhig stehn,
wenn große Taten rings geschehn!
Kaff du im kleinen mitgetan,
greiffst du wohl auch das Große an.**

Ludwig Würker.

stehende Wirtschaftform durch eine höhere Gesellschaftsform zu überwinden. Wenn dieser Wille festen Boden gefaßt hat, dann bleibt niemand mehr auf halbem Wege stehen, dann reißt ihn die Sehnsucht und der Glaube an den Menschheit Sieg vorwärts dem Ziele zu, das dann sicher erreicht wird!
Phil. Endlein, Köln.

Ausbeutung durch die Industrie.

Daß die einzelnen Industriezweige ihren wirtschaftlichen Organisationen angehören, ist selbstverständlich. Daß ein Teil dieser Verbände nur bezweckt, ihren Mitgliedern erhöhten Gewinn einzubringen zu helfen, und wie dies geschieht, das wird in folgendem Bericht treffend beleuchtet:

Herr X. will in seinem Betriebe eine kaufliche Veränderung von wirtschaftlicher Bedeutung vornehmen lassen und wendet sich zu diesem Zweck an eine für diese Ausführungsarbeit in Betracht kommende Spezialfirma mit dem Ersuchen um Preisangebotsung. Die aufgeforderte Firma geht nicht sofort, wie man vielleicht annimmt, an die Ausarbeitung des Projektes, sondern wendet sich zunächst mittels eines Notrudens an ihren Verband und teilt ihm mit, daß sie von X. zur Ausarbeitung eines Projektes der bewußten Anlage aufgefordert sei. Herr X. ist aber ein vorzüglicher Mann und fordert kontrollehalber auch andere Spezialfirmen zur Abgabe eines Angebots auf, bekommt aber unglücklichweise nur solche zu, die ebenfalls dem erwähnten Verbände angehören (99 % dieser Firmen sind nämlich organisiert) und ihrem Verbände natürlich von dieser Aufforderung sofort Mitteilung machen. Herr X. hat sich nun die besten Angebote gegeben und freut sich schon auf die sicher großen Preisunterstützungen der zu erwartenden Angebote. Er hat aber nicht mit der Fingigkeit besagter Firmen gerechnet; denn diese haben, inzwischen von der Preisvereinbarung zustande gebracht, so daß sämtliche Angebote auf einheitlicher Preisberechnung beruhen. Herr X. ist tolllos und bitter enttäuscht, findet aber als Aineingeweihter keine andere Möglichkeit, andere Preisangebote zu bekommen und ist gezwungen, die Anlage einer von den schon-trotz laudenden Firmen in Auftrag zu geben. Diese teilen sich nun den Kauf im wachsten Sinne des Wortes; denn die Preise waren so reichlich bemessen, daß jede von den Firmen, falls sie den Auftrag erhalten hätte eine Entschädigung in jeweils selbstgeleiteter Höhe (aber nie unter 5 %) an die unterliegenden Firmen zahlen kann und muß. Bei freiem Preiswettbewerb hätten sich die Firmen mit einem Aufschlag von durchschnittlich 30 % begnügen müssen, durch die infolge ihrer Verbandszugehörigkeit möglich gewordene Preisvereinbarung konnten sie ungehindert Gewinnzuschläge bis zu 100 % und darüber in ihre Taschen stecken lassen.

Vorstehende Geschäftshandhabung ist allgemein gang und gäbe, nur macht sich in den beteiligten Kreisen niemand darüber Gedanken, welche Nachteile den Betroffenen nie der Allgemeinheit daraus erwachsen können, gibt es doch Wege, die oben geschilderten Verhältnisse möglichst noch zu übertrumpfen. Dafür als Beispiel folgendes: Herr Y. hat sich vor mehreren Jahren davon überzeugen müssen, daß eine Firma ihn nicht so bediene, wie er es wohl erwartet hatte, oder wie man sagt, „ihm über die Ohren“ hatte. Da nun nach Jahren eine Verbesserung oder Veränderung in der komplizierten Anlage erforderlich geworden war, forderte er außer der Firma, die seinerzeit die Anlage ge-

liefert hatte, auch Konkurrenzfirmen auf, um eine Kontrolle für gute Bedienung zu haben. Weit gefehlt. Die aufgefordernten Firmen haben sich durch Zufühlnahme des famosen Verbandes inzwischen wieder verständigt. Die damals liefernde Firma tritt an die nun mitbestimmten Firmen mit dem Ersuchen heran, ihr Angebot in einer besonders vereinbarten Höhe zu überbieten, da ihr an Erteilung dieses Auftrages besonders gelegen sei. Eine Hand wäscht die andere. Sie wird überboten und erhält den Auftrag. Der zu verteilende Ausgleichsbetrag ist selbstverständlich auch dementsprechend höher.

Eine derartige Ausbeutung darf in einer Zeit, wo Deutschland wirtschaftlich zusammenzubrechen droht, gerade als verwerflich bezeichnet werden. Soweit das Baugewerbe hierbei in Frage kommt, können die Auftraggeber sich dagegen nur schützen, indem sie sich den Sozialen Baubetrieben anvertrauen.

Vom Schlichtungsausschuss und vom Gewerbegericht in Selsenkirchen.

Die Spruchfähigkeit der Schlichtungsausschüsse und Gewerbegerichte ist meistens abhängig von ihrer Besetzung sowie davon, welcher Kommentar bei der Auslegung dieser oder jener Gesetzesbestimmung zugrunde gelegt wird. Ich habe es als Beisitzer im Selsenkirchener Schlichtungsausschuss erlebt, daß ein und derselbe Schlichtungsausschuss in bestimmten Fällen, denen die gleiche Ursache zugrunde lag, unterschiedlich urteilte. Ebenso kann man als Vertreter klagender Kollegen am Gewerbegericht die verschiedensten Gerichtsauffassungen, und zwar manchmal recht habensüchtige, zu hören bekommen. Dafür einige Beispiele:

Ein Maurer, Baudelegierter, klagte vor dem Schlichtungsausschuss gegen die Baufirma Paul Schmidt & Sohn wegen ungerichtetfertigter Entlohnung. Die Firma hatte an einem Lohnzahlungsstage verjährt, die Löhne auf der Baustelle auszugeben. Als unser Kollege andern Tages auf dem Bureau der Firma zu erfahren verfuhrte, weil sie die Löhne zahlen werde, erhielt er jedoch keine Auskunft, dagegen wurde er abends bei der Lohnzahlung entlassen. Der Schlichtungsausschuss entschied gemäß § 87 des Betriebsratsgesetzes, daß die Entlohnung ungerichtetfertig und der Kläger wieder einzustellen sei; im Falle der Nichtwiedereinstellung gabst der Beklagte an den Kläger 100 000 M. Da der Beklagte sich innerhalb der gesetzlichen Frist nicht zur Wiedereinstellung bereit erklärte, so wurde die Entschädigung fällig. Als unser Kollege nun seine 100 000 M. forderte, entschied sich der Beklagte für Wiedereinstellung. Das lehnte der Kläger jedoch ab, weil die Firma ihm innerhalb der gesetzlichen Frist nicht mitgeteilt hatte, daß sie ihn wieder einstellen wolle und er inzwischen andere Arbeit angenommen hatte. Da sie sich zu zahlen weigerte, so mußte Klage vor dem Gewerbegericht erhoben werden. Der Vorsitzende des Gewerbegerichts belehrte den Beklagten, daß er die ihm vom Schlichtungsausschuss auferlegte Buße zahlen müsse. Daraufhin kam ein Vergleich zustande; wonach der Beklagte sich verpflichtete, dem Kläger die 100 000 M. zu zahlen. Da er aber nicht zahlte, so mußte die Zwangsvollstreckung eingeleitet werden. Nun erklärte sich der Beklagte bereit, unsern Kollegen 40 000 M. zu zahlen, die restlichen 90 000 M. wollte er der Stadt Selsenkirchen zurückzahlen für Arbeitslosenunterstützung, die der Kläger erhalten hatte. Unter Berufung auf § 88 des Betriebsratsgesetzes ersob die Firma Einspruch gegen die Zwangsvollstreckung, mit dem Erfolg, daß das Gewerbegericht am 18. Mai den Vergleich vom 9. April aufhob und unsern Kollegen die Kosten des Rechtsstreits und der Zwangsvollstreckung auferlegte. Das ist ein offener Rechtsbruch. Man stelle sich vor: in der Gewerbegerichts-sitzung am 9. April hat die beklagte Firma nicht etwa eingewandt, sie müsse an die Stadtverwaltung 60 000 M. zahlen für Arbeitslosenunterstützung, die der Kläger erhalten hat, sondern der Vergleich lautete kurz und bündig: Beklagter zahlst dem Kläger 100 000 M. Das für die Zwangsvollstreckung ausgefertigte Urteil befugte dasselbe. Die Firma aber lehnte ab, die ihr durch Spruch des Schlichtungsausschusses auferlegte Buße von 100 000 M. zu zahlen. Nach der Spruch des Gewerbegerichts bezog sie nicht, die Zahlung zu leisten. So blieb nur die Zwangsvollstreckung übrig. Und nun sagt das Gewerbegericht, trotzdem muß der Kläger, also unser Kollege, die Kosten für die Zwangs-vollstreckung bezahlen. Nach Abschluß des Vergleiches habe die Firma 60 000 M., die der Kläger als Erwerbslosenunterstützung erhalten hatte, an die Stadt zurückgezahlt. Somit stellte das Gericht, dem Antrage der Firma ent-sprechend, fest, daß der Kläger nur noch 40 000 M. zu beanspruchen hatte. Wegen dies Urteil ist Berufung beim Landgericht eingeleigt.

In einem andern Falle wurde bei der Firma Gels & Franke ein Bauarbeiter entlassen, weil er bei der Arbeit ge r u n g e n hatte. Er erhob Einspruch beim Schlichtungsausschuss, und hier wurde festgestellt, daß dem Kläger das Singen auf der Baustelle zunächst vom Vorarbeiter, dann vom Polier und zuletzt vom Bauführer verboten worden war. Daß der Kläger seine Arbeit vernachlässigt hatte, wurde vom Vertreter der Firma nicht bewiesen. Dagegen behauptete er, durch das Singen seien die andern dort beschäftigten Arbeiter in der Arbeit gestört worden. Der Schlichtungsausschuss erklärte die Entlassung für nicht gerechtfertigt und verurteilte die Firma, den Kläger wieder einzustellen oder ihm seine Entschädigung von 100 000 M. zu zahlen. Die Firma lehnte die Wiedereinstellung ab und zahlte die Entschädigung. In der Zeit von der Entlassung bis zur Verurteilung vor dem Schlichtungsausschuss hatte unser Kollege einen Lohnverlust für 192 veräumte Stunden im Betrage von 378 432 M. Der Arbeitgeber wußte natürlich, daß er dem Arbeiter diesen Lohnverlust auf Grund des § 88 des Betriebsratsgesetzes ersetzen mußte, wenn er ihn wieder einstellte. Er wußte deshalb den billigeren Weg und zahlte die Entschädigung. Da die Entschädigung lediglich als eine Buße anzusehen ist, so entfällt das Gesetz hier eine Rüge. Denn es sagt nichts darüber, was geschehen soll, wenn der Arbeitgeber die Weiterbeschäftigung ablehnt und der Arbeiter einen hohen Lohnverlust erlitten hat. Wohl könnte § 615 Absatz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuches herangezogen werden. Das Gewerbegericht sagt

Lenierungszulage auf 400 M die Stunde erhöht. Der akkordfähige Zuschlag beträgt 25 %. — Der Streik der Scheidentöpfer in Freiwaldau währte weiter, weil sich die Unternehmer weigern, die Dresdener neuen Abmachungen anzuerkennen. Kein Scheidentöpfer darf in Freiwaldau Arbeit annehmen! — Vom 18. Juni an erhalten in Frankfurt a. M. Ofenseher 4950 M, Schwarzarbeiter 4850 M Stundenlohn. — In Süddeutschland erhalten die Ofenformner vom 24. bis 30. Juni 2966 M Stundenlohn, als Vorkordzuschlag 208 925 %. Formerlehrlinge erhalten in den 6 Lehrjahrsjahren 5000, 7000, 9000, 12 000, 20 000, 30 000 M Wochenlohn, wozu vom 12. Juni an die jeweiligen prozentualen Zuschläge kommen, die für die Gehilfen vereinbart werden. — In Großhüringen betrug bis zum 15. Juni der Spitzenlohn der Ofenseher 3070 M die Stunde.

Sächsische Ofenseherkonferenz. Am 10. Juni waren die Vertreter der sächsischen Ofenseher in Leipzig zusammengetreten, um vor allem über Tarifangelegenheiten zu beraten. Der Bundesvorstand war durch Kollegen Paeplov vertreten. Nach einem Vortrag Weiers und ausgiebiger Aussprache wurde beschlossen, an der bisherigen Bezirkstarifpolitik festzuhalten. Der durch die Unternehmer geforderte Tarif läuft am 30. Juni ab. Die Einleitung der bevorstehenden Verhandlungen wurde weiter überlassen. — Der Ferienvertrag wurde als vollkommen unzulänglich erachtet. Paeplov schlug vor, eine Regelung der Ferien wie im Baugewerbe anzustreben. Verlangt wurde, daß der Reichsgruppenobmann den zurzeit bestehenden Ferienvertrag kündigen solle. — Eine bezügliche Regelung der Verhinderungslöhne wurde als dringend notwendig befunden. Die jetzigen Zustände auf diesem Gebiete seien unhaltbar. Durch Verhandlungen von Verband zu Verband soll eine Regelung angestrebt werden. — Nach Besprechung einiger Angelegenheiten aus dem Chemnitzer Bezirk fand mit einer Mahnung Weiers, überall für ein gedeihliches Zusammenarbeiten mit dem Baugewerksbund zu wirken, die Konferenz ihren Abschluß.

Unkenntnis oder „christliche“ Verleumdungssucht?

Im christlichen „Keramarbeiter“ Nr. 12 erzählt ein „Sachverständiger“ etwas über die Scheidentöpfer. Diese verkünden weniger als ungelernete oder jugendliche Hofsarbeiter der Industrie. Gründe: Im Köpferverband bildeten die Scheidentöpfer seinerzeit nur ein Anhängel, die Ofenseher fraßen die Beiträge weg durch Arbeitslosigkeit, deshalb werden manche Mittel, die für den Lohnkampf der Scheidentöpfer nötig gewesen wären, aufgezehrt worden sein. Die Verbandsführung habe, vielleicht mehr als gut war, über der schlechten Baukonjunktur die gute Geschäftslage in den Scheidentöpferbetrieben übersehen. Heute seien die Scheidentöpfer im Baugewerksbund und zählten dort sozusagen gar nichts. Sie seien höchstens ermuntert als Vertragsarbeiter „zum Ausgleich der schlechten Nischen bei Arbeitslosigkeit und Lohnkämpfen“. Die Maurer träten nicht für eine bessere Entlohnung der Scheidentöpfer unter Opfern ein, für sich verlangten sie das selbstverständlich. — So geht es in dem „christlichen“ Blatte munter weiter. Der Schluß ist, daß es eben den Scheidentöpfern an der „richtigen“ Organisation fehle. Der unzufriedenste Engel, der dieses Zeug verfertigt hat, hat keine Ahnung von den wirklichen Verhältnissen. Ganz gewiß sind die Scheidentöpfer zu niedrig entlohnt. Aber schon aus dem Köpferverband sind große Scheidentöpferstreiks geführt worden, um die Lage

dieser Kollegen zu verbessern. Wiederholt waren die Scheidentöpfer in Bungalou, Freiwaldau, Raumburg a. O., im Westerwald, in Goswig und sonstwo in langwierige Streiks verwickelt, die bis 13 Wochen dauerten und große Opfer erforderten. Auch die Verbandsleitung tat, was in ihren Kräften stand. So berief sie noch während des Krieges, als die Scheidentöpfer einen guten Absatz hatten, die Scheidentöpfer nach Dresden, um eine allgemeine Lohnbewegung mit dem Ziel neuer günstiger Tarifabschlüsse zu beschließen und durchzuführen. Noch im Dezember vorigen Jahres wurde durch die gesamten sächsischen Scheidentöpfer zum Streik gegriffen, und erst vor einigen Wochen fanden sämtliche sächsischen Scheidentöpfer wieder im Streik, um mit Hilfe des Baugewerksbundes ihre Lage zu verbessern. Manches ist erreicht worden, daß es nicht mehr um die Rückständigkeit und Hartnäckigkeit vor allem der sächsischen Unternehmer. Jedenfalls bleiben wir nicht stehen, der Baugewerksbund wird nicht eher ruhen, bis auch den Scheidentöpfern ein erträgliches Leben beschafft ist. — Verzeihen nun die Behauptungen im „Keramarbeiter“ auf Unkenntnis oder auf niedriger unchristlicher Verleumdungssucht? Wir müssen das letztere annehmen; denn ganz so unvorsichtig möchten wir diese Herrschaften doch nicht einschätzen. Wir halten das Geschreibsel für einen plumpen Versuch, die Scheidentöpfer unter Ausnutzung von Mißtrauen und Vergeßlichkeit der Wahrheit für den Verband der christlichen Fabrik-, Keram- und Transportarbeiter zu angeln. Verzüglich Euch, das gelangt Euch nie, zwischen Euch und unsern Scheidentöpfern liegt eben die „andere Weltanschauung“, von der Ihr ja immer zu erzählen wißt. Die Scheidentöpfer werden schon jetzt merken, daß sie im Baugewerksbund recht gut aufgehoben sind, und wir werden auch nicht nachlassen, bis wir für sie die ihnen schon aus Menschlichkeitsgründen zuteilende Entlohnung erlangen haben. Das ist eben der Brauch in unseren freien Gewerkschaften. Würde es nicht in der Fall, dann könnten sie ihren Namen streichen und sich in das Fahrwasser begeben, in dem heute manche Ausschweifungen herumgondeln. Dafür geniesse diese allerdings das größere Vertrauen der Unternehmer, worum wir sie nicht beneiden.

Schmermeister. Freidreher sofort gesucht, der selbstständig arbeitet, neuen Kammerofen mit überflüssiger Flamme bedient und in Farben und Glasuren erfahren ist. Hoher Lohn und sofort bezugsfähige Wohnung mit Gartenanteil zugesichert. Angebote an die Badische Porzellan- und Tonwaren-F. G., Freiburg im Breisgau.

Gewinnhafte Ofenseher auf glatte Zeichnungsöfen in angenehme Stellung sucht Haus Zander, Raumburg (Saale), Weingarten 22.

Zwei Kachelzeugformer auf Altschicht zum sofortigen Eintritt gesucht. Gebüder Guldbröck, Ofenfabrik, Gundersleben in Bayern.

Einige Sims- und Kachelmacher auf Schamotte sofort gesucht. Dr. Kurt Rindhahn, Reichen (Wart).

Ein tüchtiger Freidreher (keimer bezugslos) zum sofortigen Eintritt gesucht. Keramische Werke Czeizler u. G., Rüst (A. O.).

2 oder 3 Köpfer auf Altschicht, vorgeformt, jobwie tüchtig, selbständigen Glaserer für sofortige Einstellung gesucht. Wegen Wohnungsmangels Ledige bezugslos. Fritz Brude's Ofenfabrik, Rathenow.

Vom Bau.

Gotha. (Bautenkontrolle.) Bei der Anfang Juni vorgenommenen Bautenkontrolle im Stadtbezirk Gotha nebst 2 Dörfern wurden folgende Bauten kontrolliert: Neubauten 4, Umbauten 3, Umbauten 3, Umbauten 2. An einem Staatsaufbau wurde über die Hand gemauert ohne Schutzvorrichtungen, dies wurde beseitigt durch Stands- und Fanggerüst. Auf 6 Baustellen war kein Verbandzeug vorhanden, auf 4 Stellen fehlten die Unfallverhütungsvorschriften gänzlich. Bauwunden fehlten 2, eine Wunde war ohne Zäune und Wänke. Auf einem größeren Neubau fehlte zum Teil das untere Fanggerüst. Ein Innenputzgerüst im südlichen Stadteil ist nach der Kontrolle zusammengezurrt, wobei ein Kollege zu Schaden kam. Eine Wandbaue auf einem Staatsneubau war viel zu klein; teilweise sind die Bauwunden in unsauberem Zustande, woran nur die Arbeiter schuld haben. Das neue Gesetz vom 1. Oktober 1922 (§ 120 E der Reichsgewerbeordnung) ist noch auf keiner Baustelle sichtbar.

Samm. Am 8. Juni ist unser Kollege Sugo Schmidt bei der Firma Christianien, Baustelle Herrlingen, an der Betonmaschine schwer verunglückt. Als der Materialkasten hochgehoben war, wollte Kollege Schmidt die Grube reinigen, in der der Kasten beim Füllen lagert. Seinen Kopf, den Kasten oben zu behalten, will der Maschinist nicht verstanden haben und so ließ er den Kasten herunterfallen. Schmidt, der sich in der Grube befand, wurde vom Kasten getroffen und erlitt außer den Brüchen von Rippen und Unterleber noch Ober- und Unterschenkelbrüche. Dieser Vorfall beweist wieder, wie vorsichtig die Kollegen bei der Arbeit sein müssen.

Köln. (Tödliger Bauunfall.) Am 12. Juni verunglückte der Kollege Egidius Kleusgens als Nummernschreiber auf dem Bahnbau Solbach-Nummernschreiber. Ein Kippwagen, auf dem Kleusgens als Bremser tätig war, wurde rückwärts die Böschung hinauf zur Spitze gedrückt. An einem Gleisstoß entgleiste der letzte Wagen und stürzte um. Der auf dem Wagen stehende Kollege Kleusgens sprang ab, wurde im nächsten Augenblick von dem umstürzenden nächsten Wagen zu Fall gebracht und mit dem ganzen Oberkörper verhehrt. Die herbeieilenden Kollegen konnten ihn nur noch als Leiche bergen. Der Verunglückte war ein treuer, mehrere Jahre organisierter Kollege und noch nicht ganz 21 Jahre alt. Es jemand für den bedauerlichen Unfall verantwortlich zu machen ist, muß die Untersuchung ergeben.

Soziales.

Erhöhte Erwerbslosenunterstützung. Reichsrat und Regierung haben nach Eingreifen des Vorstandes vom V.D.G.M. beschlossen, die Unterstützungssätze erneut weiter zu erhöhen. Mitwirkend vom 4. Juni 1923 fallen folgende Sätze gelten:

	In den Ostmarken			
	A	B	C	D/E
Männer über 21 Jahre mit eigenem Haushalt	5000	4650	4300	3950
ohne eigenen Haushalt	4400	4100	3800	3500
unter 21 Jahren	3050	2850	2650	2450
Weibliche Personen über 21 Jahre mit eigenem Haushalt	4400	4100	3800	3500
ohne eigenen Haushalt	3650	3400	3150	2900
unter 21 Jahren	2750	2550	2350	2150
Zuschuß für Ehegatten	1850	1750	1650	1550
Kinder und sonstige unterhaltsberechtigter Angehörige	1450	1350	1250	1150

Die wöchentliche Unterstützung beträgt demnach für ein Ehepaar 41100 38400 35700 33000 Ehepaar mit 1 Kind 49800 46500 43200 39900 " 2 Kindern 58500 54600 50700 46800

Der Kurzarbeiter erhält die Differenz zwischen dem Anderthalbfachen der angeführten Sätze und der Hälfte seines Arbeitsverdienstes.

Bücher und Schriften.

Produktionssteigerung durch organisierten Umbau. Heft 3 der „Finanzpolitischen Zeitschriften“. Das Heft enthält Beiträge von Dr. Hofenstot, Fr. Springer, Dr. Kraus und Dr. Luart. Verlag Ernst F. Moritz, Stuttgart. Grundpreis 1,20 M.

Polierteisen 1923. Herausgegeben von der „Deutschen Bauzeitung“. Bearbeitet von Professor Dr. Preuß und Baugenieuer Otto Stache. Verlag Paul Steinte, Breslau I, Sandstr. 10. Ersch. im März 1923. M. z. jährlich 150 M. für Porto und Verpackung.

Technischer Selbstunterricht. Unter Mitarbeit von Prof. Joh. Kleiber, herausgegeben von Ingenieur Karl Barth. Verlag M. I. D. v. G., München, Gluckstr. 8. Vom II. Fachband liegen die Hefte 1 bis 5 vor. In diesem Fachband wird die Bau- und Kulturtechnik behandelt. Die

Entwicklung der Baukunst, das Feldmessen, Bauarbeiten und Baubüchlein, der Grundbau, Baumechanik, Höhenmessung, Bodenent- und -bewässerung, Kanalisation, Kraftwerke, Elemente der Statik, Außenbau von Gebäuden, Bedachung, Landstraßenbau, Tunnelbau usw. Eine selten und dennoch gründliche Vielseitigkeit, die jedem, der sucht, genug bietet. Grundpreis jedes Heftes 1,20 M.

Bekanntmachung des Vorstandes

Amgeschloffen nach § 16 der Bundesfassung sind von der Baugewerkschaft E. O. N.: Joh. Kraus, Maurer, geboren am 12. Mai 1887 zu Odenkirchen (Buch- Nr. 379 761), Gein. Oberthür, Tiefbauarbeiter, geboren am 5. Januar 1886 zu Braunschweig (471 913), Heinrich Krueter, Tiefbauarbeiter, geboren am 15. November 1888 zu Altenessen (850 836), Johann Thomer, Hilfsarbeiter, geboren am 2. Febr. 1889 zu Oberhausen (1326 780), Jacob Grün, Hilfsarbeiter, geboren am 15. Februar 1875 zu Paffrath (417 288), Servatius Gremer, Maurer, geboren am 20. Oktober 1890 zu Würzig (1310 233), Georg Hüttmann, Maurer, geboren am 13. Dezember 1892 zu Calbe, Kreis Treptow (329 590), Johann Kemmer, Hilfsarbeiter, geboren am 4. August 1888 zu Eller (1217 844), Wilhelm Engel, Hilfsarbeiter, geboren am 3. Januar 1897 (953 517), Emil Witt, Ziehmaler, geboren am 26. Dezember 1871 zu Gemblitz (1408 401), Fritz Joch, Maurer, geboren am 8. März 1872 zu Kühlenbach (32 880) und Peter Kömgen, Hilfsarbeiter, geboren am 14. März 1897 zu Geln (493 393); von der Baugewerkschaft G. E. L. E. N.: Hermann Demywof, Maurer, geboren am 26. Juni 1895 zu Sahfeld (1367 612); von der Baugewerkschaft Hagen: Kurt Schmidt, Hilfsarbeiter, geboren am 9. März 1895 zu Leipzig (915 336); von der Baugewerkschaft Mannheim: Karl Probst, Maurer, geboren am 29. März 1891 zu Quechheim (12 827); von der Baugewerkschaft Rosenheim: Josef Häußler, Maurer, geboren am 14. August 1871 (0229 715); vom Bundesvorstand aus der Baugewerkschaft Auerbach i. B.: Franz Weidhans, Maurer, geboren am 20. Oktober 1864 zu Jena (384 249); aus der Baugewerkschaft Hamburg: Wilhelm Gierbrock, Maurer, geboren am 25. Oktober 1860 zu Hamburg (883 892).

Warnung. Der Maurer Herrn Demywof, geboren am 26. Juni 1895 zu Sahfeld ist aus der Baugewerkschaft Gelsenkirchen unter Mitnahme von 105 000 M. Kündigungsgeld der Belegschaft der Firma Holzmann & Co. vertrieben worden. Etwaige Mitteilungen sind dem Kollegen Jacob Debus in Gelsenkirchen, Ruitpoldstr. 53, zu machen.

Sterbetafel.

Durch den Tod verlor der Bund folgende Mitglieder: Chemnitz. (Großobersdorf.) Fr. A. Schreiber, M., 73 J. Dresden. (Wilschdorf.) Max Lesh, Hilfsarb., 43 J. Osterberg. (Coffengrün.) Otto Schröter, Maurer, 38 J. Franzenberg. Max Uhlig, Hilfsarbeiter, 45 Jahre alt. Frankfurt a. M. Ferd. Kröbel, Maurer, 61 Jahre alt. Gelnitz. (Walzen.) Franz Scherok, Maurer, 54 J. Hamburg. August Meier, Maurer, 58 Jahre alt. Hannover. Karl Fricke, Maurer, 70 Jahre alt. Karl Kühn, Maurer, 18 Jahre alt. Solingen. (Ostsch.) Kurt Koschik, Zementeur, 22 J. Köln. August Graf, Maurer, 37 Jahre alt. (Mommerskirchen.) Egidius Kleusgens, 21 Jahre alt. Landsberg a. d. W. (Friedeb.) Otto Balk, Maurer, 52 J. Mannheim. Wilhelm Schork, Hilfsarb., 57 Jahre alt. (Oppau.) Heinz Friedrich H., Maurer, 50 Jahre alt. (Saploch.) Georg Schaaf, Maurer, 43 Jahre alt. (Neisingen.) Jul. Fröschlin, Maurer, 28 Jahre alt. (Saumersheim.) Peter Mayer, Hilfsarb., 19 Jahre alt. Müllheim. Heinrich Brubns, Maurer, 61 Jahre alt. Müllheim. (Uu.) Paul Köllnberger, Hilfsarb., 55 J. (Nordwest.) Johann Reining, Maurer, 59 Jahre alt. Raumburg. Hermann Steinbrink, Maurer, 72 J. Birna. (Hohlsheim.) Ludwig Haase, Maurer, 51 J. Schwerin. Johann Leonhardt, Hilfsarb., 52 Jahre alt. Neizen. Heinrich Köke, Maurer, 62 Jahre alt. Zeitz. Gustav Lorenz, Maurer, 65 Jahre alt. Ehre ihrem Andenken!

Bau- und Erdarbeiter-Produktivgenossenschaft „Zukunft“, Stolp.

Durch Beschluß der Generalversammlung am 15. April 1923 ist die Genossenschaft aufgelöst worden. Wir fordern hiermit die Gläubiger und Schuldner auf, sich bis zum 15. Juli 1923 zu melden.

Die Liquidatoren. Willi Hildebrandt, Karl Markgraf, Karl Klems.

Hermann Schulze, Maurer (Buch-Nr. 90 596) geboren am 13. Mai 1871 in Braunschweig. Um Angabe seiner Adresse ersucht die Baugewerkschaft Braunschweig, Schubertstr. 6.

Max Winter, Maurer (Buchnummer und Geburtsdatum nicht bekannt), wird gesucht. Er wohnt am 1. Mai d. J. von Berlin nach Hannover, am 3. Mai nach Hamm, und am 6. oder 7. Mai nach Dortmund. Angabe seines Aufenthaltsortes erbeten an Max Vetter, Ferne i. Westf. Grenzstr. 2, bei Efelmann.

Versammlungen.

Sachwitz-Gaith. Sonntag, 8. Juli, nachmittags 2 Uhr, in „Rautenfranz“ zu Gaith, außerordentliche Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Quartalsbericht; Gleichstellung mit dem Breslauer Lohn. Alle Mitglieder müssen anwesend sein.